

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 88/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 191

7. Oktober 1982

Wilhelm Nöbel MdB, Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sieht die Deutsche Bundespost im Dienste medienpolitischer Kommerzialisierungs-Strategien: Kann Schwarz-Schilling nicht rechnen? Seite 1

Brigitte Traupe MdB beschreibt, wie sich die "Übergangsregierung" häuslich einrichtet: Mehr Waffen? Seite 3

Hermann Scheer MdB widerlegt die Legende von der Friedenspolitischen Kontinuität der neuen Bundesregierung: Beim NATO-Doppelbeschluß konnte sich die CDU/CSU nie auf Helmut Schmidt berufen. Seite 4

Horst Jaunich MdB kritisiert, daß der neue Jugendminister für Kriegsdienstverweigerer Unzumutbares verlangt: Geißler auf dem Weg zum Verfassungsverstoß. Seite 6

Dagmar Luuk MdB sieht die November-Wahlen in Brasilien im Zwielflicht: Die Stunde der Wahrheit. Seite 7

Kann Schwarz-Schilling nicht rechnen?

Die Deutsche Bundespost im Dienste medienpolitischer Kommerzialisierungs-Strategien

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB
Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Man hätte meinen können, wenn Christian Schwarz-Schilling selbst Minister wird, würde er anfangen zu rechnen. Jedenfalls hätte er nun eigentlich merken müssen, daß sein so oft gefordertes Fernsehverteilsnetz eine innovatorische Saackgasse ist und das wirtschaftlich bedeutsamere Glasfasernetz behindern wird. Denn seine Fernsehnetze werden die zukünftige Rentabilität des Glasfasernetzes beeinträchtigen und damit die gesamte Wirtschaftlichkeit der Bundespost berühren.

Aber wer wie Christian Schwarz-Schilling so auf die Einführung des kommerziellen Fernsehen fixiert ist, der ist bereit, die gemeinwirtschaftlich-orientierte Deutsche Bundespost in den Dienst seiner medienpolitischen Strategien zu stellen. Deshalb soll nun verkabelt werden, sei es aus Mitteln der Deutschen Bundespost, sei es privat.

Was heißt nun die "geistig-moralische Erneuerung" der CDU/CSU im Medienbereich?

- Das heißt eine Verschwendung von rund 30 Milliarden DM für überflüssige und technisch veraltete Fernsehkabel.



- Das heißt ein Mißbrauch der Deutschen Bundespost, um uns zukünftig mit kommerziellen Fernsehprogrammen berieseln zu lassen.
- Amerikanische Verhältnisse auf dem Bildschirm, Programmverflachung mehr Werbespots.
- Gefährdung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch steigende Kosten der Programmveranstaltung und Abzug von Werbegeldern.
- Schwierigkeiten auch für die Presse, wenn ihr von kommerziellen Programmveranstaltern die Werbemittel entzogen werden.
- Das heißt schließlich - wenn er wirklich private Unternehmen an die Verkabelung lassen will -, daß die Zugangswege zur Veranstaltung von Fernsehen in private Hand kommen. Dann können wir schwarzsehen für die Gewährleistung von Meinungsvielfalt und die Unabhängigkeit der öffentlichen Meinungsbildung. Ein multi-media Konzern Burda/Springer, der auf dem Pressesektor dominant ist, der kommerzielles Fernsehen veranstaltet, und dazu noch über die Übertragungsleitung für Funk und Fernsehen verfügt, ist dann eine nicht mehr unrealistische bedrohliche Zukunft.
- Und nicht zuletzt würden auch zusätzliche kommerzielle Programme die Menschen noch länger vor den Fernseher ziehen. Schon heute sitzen unsere drei- bis siebenjährigen täglich eineinhalb Stunden vor dem Fernseher; wo mehr als nur drei Programme empfangen werden können, sogar noch länger. Erwachsene sehen im Durchschnitt täglich über zwei Stunden fern. In Amerika verbringen Kinder und Erwachsene fast doppelt so viel von ihrer Freizeit vor dem Bildschirm - von einer derartigen Anziehungskraft ist dort das kommerzielle Fernsehen. Wenn es nach CDU/CSU geht, würden sie hier gleichziehen. (-/7.10.1982/ks/ca)

+ + +



Mehr Waffen?

Die "Übergangsregierung" richtet sich zu häuslich ein

Von Brigitte Traupe

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom CSU-Vorsitzenden Strauß selbst stammt die Bezeichnung "Übergangsregierung" für das neue Bundeskabinett Kohl/Zimmermann/Genscher, das gleich mit einem dummen Trick die Öffentlichkeit übertölpeln wollte.

Großzügig kündigte es eine fünfprozentige Kürzung der Gehälter für Minister und Parlamentarische Staatssekretäre an, vergaß aber ganz bewußt dageganzurechnen, was die Einführung von vier zusätzlichen Funktionen im Range Parlamentarischer Staatssekretäre mehr kostet.

Als zweites greift sie nun auch mit der Sense in die Personalausstattung der Ministerien ein. Besonders unrühmlich geht die neue politische Spitze der Hardthöhe, bestehend aus CDU- und FDP-Vertretern, vor. Im Bundesministerium der Verteidigung warten sicherlich eine Reihe qualifizierter Beamter auf die Beförderung durch die CDU, aber es kann ernsthaft nicht ihr Wunsch gewesen sein, daß Spitzenbeamte wie Dr. Leister, Elohorn, Fuchs, Dr. Padberg, Dr. Stütze ganz "in die Wüste geschickt" werden.

Wie anders hatte es der damals neue Verteidigungsminister Hemlut Schmidt gemacht: Er beförderte den ehemaligen Leiter des Ministerbüros Gerhard Schröder, Herrn Wieck (CDU), vom B 3- zum B 9-Beamten, weil er ihn für einen qualifizierten Mann hielt. Die jetzt "in die Wüste geschickten" sozialdemokratischen Beamten sind sehr qualifizierte Männer! Wir Sozialdemokraten werden mit großem Interesse verfolgen, wie sich denn "Obersparer" à la Hans-Günter Hoppe und andere FDP-"Finanzexperten" bei diesen zusätzlichen Personalausgaben verhalten, ganz zu schweigen von den CDU/CSU-Haushaltsausschußmitgliedern! Aber wahrscheinlich wird es auch hier eine unrühmliche Koalition geben, denn die Genscher-FDP sahnt ja auch auf der Hardthöhe ab.

Unglaublich ist es auch, daß der neue Verteidigungsminister Manfred Wörner nichts Eiligeres zu tun hatte, als im Deutschlandfunk bereits zu erklären, auf weitere Sicht sei eine Erhöhung des Anteiles der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt anzustreben.

Es darf doch nicht die prozentuale Höhe der Verteidigungsausgaben ein Maßstab für die Sicherheit unseres Landes sein, sondern allein die Abschreckungsfähigkeit.

Im Bereich der Bundeswehr und der zivilen Dienststellen gibt es noch manche sinnvolle Einsparungsmöglichkeit, auch die gesamte Rüstungsbeschaffung muß überprüft werden. Bestimmt bliebe dann noch Geld übrig, um berechnete Wünsche der Soldaten schrittweise zu erfüllen, ohne daß der Einzelplan 14 wachsen müßte.

Manfred Wörner sollte sich hüten, zum Lobbyisten zu werden. Er ist den Bürgern verpflichtet, die Sicherheit und Sparsamkeit erwarten, aber nicht große Worte und mehr Geldausgaben.

Erinnert sei da noch einmal an Franz Josef Strauß, der als Finanzminister in der großen Koalition auch im Verteidigungsbereich sinnvoll sparte.

Und - wir sollen ja alle am 6. März 1983 einen neuen Bundestag wählen - danach könnte Wörner wirklich nur ein "Übergangsverteidigungsminister" gewesen sein, der wegen zusätzlicher Geldausgaben in Erinnerung bleibt.

Alle demokratischen Politiker haben die Aufgabe, die Verteidigungsausgaben zu senken. Wenn in jeder Minute auf der Welt 1,25 Millionen DM für den militärischen Bereich ausgegeben werden, ja die entscheidenden 62 Länder zusammen mehr als eine Billion und 500 Milliarden DM jährlich dafür aufbringen, dann ist dies nur noch als heller Wahnsinn zu bezeichnen, gegen den ein deutscher Verteidigungsminister mit aller Kraft ankämpfen muß.

Mehr Waffen und mehr Geld für den Militärsektor haben die Menschheit in noch größere Gefahren und eine noch geringere Sicherheit geführt. (-/7.10.1982/bgy/ca)

+ + +



Die Legende von der friedenspolitischen Kontinuität durch die neue Unionsregierung

In der Frage des NATO-Doppelbeschlusses könnte sich die
CDU/CSU zu keinem Zeitpunkt auf Helmut Schmidt berufen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann für Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die Legende wird auch durch ständige Wiederholungen nicht wahrer: Die CDU/CSU habe, so der neue AA-Staatsminister Mertes, "im Gegensatz zu starken Kräften in der SPD-Führung und an der SPD-Basis das doppelte Bemühen Helmut Schmidts und seiner Regierung - Abschreckung und Abrüstung - in den letzten Jahren uneingeschränkt, geschlossen und eindeutig mitgetragen. Dies geschah ausschließlich, weil die Union in diesen Fragen das Urteil und das Bestreben der Regierung Schmidt/Genscher aus eigener Überzeugung und Verantwortung teilte. Die CDU/CSU wird auch als Regierungspartei diesem Konzept treu bleiben" (Deutschland-Union-Dienst 4. Oktober 1982). Die Union habe den NATO-Doppelbeschluss nie in Frage gestellt, innerhalb der SPD sei dies geschehen. Mit anderen Worten: Hätte die SPD weiterregiert, so hätte es nach Lesart der Union die Gefahr einer Diskontinuität zur bisherigen sozialliberalen Außenpolitik gegeben.

Als Beleg für diese These, die der SPD nun immer entgegengehalten wird, wird ausschließlich der NATO-Doppelbeschluss ins Feld geführt, der in der Tat in der Union kaum umstritten schien. Dennoch ist an der Behauptung der Union so gut wie alles falsch und scheinheilig.

1. Ob es Kontinuität in der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik gibt, wird sich vor allem an der Einstellung der neuen Regierung zur Entspannungspolitik zeigen. Sie war das Kernelement der Außenpolitik seit 1969. Die Entspannungspolitik war die entscheidende Grundlage für jeden weiteren außenpolitischen Fortschritt, sei es in der Abrüstung und Rüstungskontrolle, in der Europapolitik oder der Dritte-Welt-Politik.

Die Union stand nie hinter dieser Entspannungspolitik, weder zu Beginn, noch in letzter Zeit, als Helmut Schmidts weltpolitische Rolle darin bestand, die Entspannungspolitik nicht zwischen der neuen kalten Konfrontation der Weltmächte erdrücken zu lassen. Es war die Union, die diese Versuche Schmidts torpedierte und Helmut Schmidt national wie international in den Rücken fiel, als es darum ging, gegen die westlichen Gegner der Entspannungspolitik unsere Interessen durchzusetzen und auf sowjetisch-amerikanische Rüstungskontrollvereinbarungen zu drängen.



2. Auch in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses trennten Helmut Schmidt und die Union Welten. Nicht nur, weil maßgebliche Außenpolitiker der Union (Strauß, Wörner) den Verhandlungsteil des Beschlusses abgelehnt hatten und für eine sofortige Nachrüstung ohne vorherige Verhandlungen eintraten, nicht nur, weil sich die Union lange Zeit gegen jeden praktischen Versuch stellte, Mittelstreckenraketenverhandlungen zwischen den beiden Supermächten herbeizuführen - man erinnere sich an die denunziatorische Kritik an Helmut Schmidts Besuch in Moskau im Sommer 1980 und an die gleichlautende denunziatorische Kritik an Willy Brandts Gesprächen in Moskau im Sommer 1981.

Es muß hervorgehoben werden, daß die Rüstungskontrollpolitische Logik des NATO-Doppelbeschlusses nur aufgeht, wenn die beiden atomaren Supermächte untereinander entspannungs- und verhandlungsbereit sind. Nach der Unterzeichnung des SALT II-Vertrages im Sommer 1979 durch Carter und Breschnew konnte man von einem solchen politischen Willen in Washington und Moskau ausgehen. Aus dieser Konstellation heraus entstand der NATO-Doppelbeschluß.

Entspannungspolitik und NATO-Doppelbeschluß gehören zusammen, oder der NATO-Doppelbeschluß ist ein völlig anderer. Auf der Grundlage von Entspannungspolitik führt er zu neuen Chancen, Erfolge in der Rüstungskontrolle zu erzielen. Ohne Entspannungspolitik bleibt vom Doppelbeschluß nur noch die Nachrüstung, weil es ohne Entspannungsdruck und Entspannungsbereitschaft keinen Verhandlungserfolg geben kann und Verhandlungen allenfalls pro forma geführt werden.

Wer also die Bemühungen Helmut Schmidts zur Aufrechterhaltung von Entspannung, um die Wiederherstellung von Entspannungsbereitschaft und um die Verhandlungen, gerade in zugespitzter internationaler Lage, nicht teilte oder gar bekämpfte, kann gerade in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses keine Kontinuität zur Politik Helmut Schmidts beanspruchen. Den NATO-Doppelbeschluß kann man nicht isoliert von den internationalen Bedingungen und vom außenpolitischen Grundlagenkonzept betrachten. Daß die Union die bisherige Politik Helmut Schmidts mitgetragen habe, ist eine Legende. Stattdessen vertrat die Union in der Gesamtheit ihrer Außenpolitik Positionen, die dem Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses die Grundlage entzogen hätten, die den amerikanischen Zumutungen gegenüber Westeuropa nichts entgegengesetzt hätten, und die allein bei einer Nachrüstung und noch manchem mehr enden müßten. (-/7.10.1982/bgy/ca)

+ + +



Geißler auf dem Weg zum Verfassungsverstoß

Der neue Jugendminister verlangt für Kriegsdienstverweigerer Unzumutbares

Von Horst Jaunich MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion

Heiner Geißler wird schnell umlernen müssen, was ihm wegen der Doppelrolle Generalsekretär und Minister für Jugend, Familie und Gesundheit nicht leichtfallen wird. Er ist nicht mehr Oppositionspolitiker, sondern Minister, und in dieser Eigenschaft hat er sich ja am heutigen Tage zum Thema Zivildienst geäußert. Die von der Union über Jahre durchgehaltene Linie, nach Möglichkeit konkrete Festlegungen zu vermeiden, ist so nicht fortsetzbar.

Es ist zu bedauern, daß die Kriegsdienstverweigerer weiter im unklaren darüber gelassen werden, wie lange nach Vorstellung der neuen Regierung der Zivildienst künftig dauern soll. Die Aussage von Geißler eine "wesentliche" Verlängerung anzustreben, läßt Schlimmes befürchten. Wird etwa eine Dauer von 24 Monaten angestrebt?

Die SPD-Fraktion fordert dazu eine sofortige und eindeutige Antwort.

Spätestens in der Debatte über die Regierungserklärung der Übergangsregierung Kohl wird sich Heiner Geißler erklären müssen, was er unter "wesentlicher Verlängerung" versteht. Er wird sich dabei mit der Sieben-Punkte-Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion vom 24. März 1982 auseinandersetzen haben. Die dort vorgeschlagene Dauer des Zivildienstes von 19 Monaten war einerseits ein Angebot für die CDU zu einer gemeinsamen Regelung, stellt aber andererseits die Grenze dar, die nicht überschritten werden darf, damit die Inanspruchnahme eines Grundrechtes von den Betroffenen nicht als Bestrafung empfunden wird.

Eine wesentlich höhere Zivildienstdauer verstößt nach der Auffassung namhafter Verfassungsrechtler gegen Artikel 12 a Grundgesetz, nach dem "die Dauer des Ersatzdienstes die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen darf". Das sind die Maßstäbe, an denen eine Verlängerung gemessen werden muß. Ich begrüße, daß sich Geißler in Übereinstimmung mit der SPD-Bundestagsfraktion mit seiner Erklärung befindet, eine Überprüfung der Gewissensgründe werde künftig nicht mehr stattfinden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird alsbald einen eigenen Entwurf zum Kriegsdienstverweigerungsgesetz vorlegen. Dann wird man sehen, wie ernsthaft die Äußerungen von Geißler tatsächlich sind. Denn im Interesse der Betroffenen muß die Neuordnung unverzüglich in die Wege geleitet werden.

(-/7.10.1982/ks/ca)

+ + +



Die Stunde der Wahrheit für Brasilien

Die November-Wahlen stehen bereits jetzt im Zwielficht

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Brasilien, wirtschaftlicher Riese auf dem amerikanischen Subkontinent und dennoch Entwicklungsland, Führungsmacht Südamerikas und Militärregime mit Ansätzen zu einer demokratischen Öffnung, steht in diesem Herbst vor einer weitreichenden Entscheidung: mehr als 18 Jahre nach der Machtübernahme durch das Militär finden am 15. November erstmals wieder freie Wahlen statt. Die Stunde der Wahrheit? Zweifellos, denn die Art und Weise, wie die regierenden Militärs das Ergebnis dieser Wahl akzeptieren, wird entscheidend sein und nicht nur für die politische Zukunft des Landes, sie wird darüber hinaus von Bedeutung sein für das Verhalten von Nachbarstaaten, deren politisches Schicksal ebenfalls in den Händen von Militärs liegt.

Skepsis ist angebracht über den Ausgang der Wahlen in Brasilien, und zwar deshalb, weil zu befürchten ist, daß jeder nur denkbare Wahlausgang die innenpolitische Lage des Landes komplizieren und die Demokratisierung kaum weiter vorantreiben wird. Ob deshalb die *Abertura politica*, die seit einigen Jahren praktizierte politische Öffnung des Militärregimes, die Wahlen überdauern wird, ist durchaus eine offene Frage.

Als General Ernesto Geisel, der Vorgänger des amtierenden Staatspräsidenten Figueiredo, 1974 das Präsidentenamt übernommen hatte, steuerte er bald darauf einen vorsichtigen Kurs politischer Entspannung. Die Pressezensur wurde gelockert, eine Amnestie gestattete Politikern der Opposition, aus dem Exil nach Brasilien zurückzukehren. Figueiredo, der 1979 sein Amt antrat, führte die *Abertura* weiter: Politische Gefangene und Verbannte wurden amnestiert, die Bildung politischer Parteien wieder zugelassen, die Wiedereinführung der Direktwahl für die Gouverneure der Bundesstaaten beschlossen. Allerdings blieb kein Geheimnis, daß sich das Regime überall dort, wo es Gefahr witterte, etwa bei der Behandlung streikender Gewerkschafter oder bei der Verschiebung des Termins für Kommunalwahlen, weiterhin autoritär verhielt.

Die im November 1979 erlassene Parteireform kann deshalb auch als eine Reaktion der Militärs auf die für sie wenig verheißungsvolle Entwicklung der Vergangenheit angesehen werden, in der die frühere Regierungspartei ständig an Terrain gegenüber der damaligen Opposition verloren hatte. Schließlich hatte Ernesto Geisel von seinen präsidialen Sondervollmachten Gebrauch machen müssen, um eine Niederlage der Regierungspartei zu verhindern. Auch bei der Parteireform waren es Wahlrechtstricks, die dem Regierungslager einen Platzvorteil bescherten, aber Figueiredo beschränkte sich nicht darauf. Statt neben den bestehenden beiden Parteien Neugründungen zuzulassen, sah die Reform zunächst einmal die Auflösung der bestehenden Parteien vor. Bei der Gründung der Nachfolgeorganisationen gelang es dem Regierungslager, rund neun Zehntel seiner Abgeordneten in die Nachfolgepartei hinüberzuziehen, zusätzlich sogar einige Abgeordnete der Opposition, während sich die Oppositionspartei wegen starker interner Spannungen in mehreren Parteien neukonstituierte. Aus der Regierungspartei Arena war so die PSD (Partido Democrata Social), aus der Oppositionspartei MDB (Movimento Democrático Brasileiro) waren gleich fünf Parteien entstanden.

Diese Parteien können in Struktur, Programmatik, innerparteilicher Willensbildung und Verhalten ihrer Mandatsträger wenig Vergleichbares zu europäischen Parteien aufweisen. Das Programm der Regierungspartei PSD, das sogar die paritätische Mitbestimmung verspricht, ist so ernst nicht zu nehmen. Pragmatismus, eher sogar Opportunismus, hat Priorität in der politischen Werteskala. Der ganz persönliche Nutzen des Mandatsträgers rangiert dabei an erster Stelle, danach folgt der Nutzen der Klientel, der Wähler, ganz am Ende steht das *bonum commune*. Ähnlich verhalten sich auch die Wähler; sie sind ideologisch nicht fixiert und geben dem Kandidaten die Stimme, der ihre persönlichen Interessen unmittelbar befriedigen kann. Bemerkenswert ist, daß die Regierungspartei inzwischen die stolze Zahl von über zwei Millionen Parteimitgliedern vorweisen kann. Staatsbedienstete werden gleich abteilungsweise aufgenommen, die wesentlichen Parteifunktionäre wurden vom Parteitag im Nachhinein gewählt, nachdem sie vom Staatspräsidenten ernannt worden waren.

Mit Abstand größte Gruppierung der Opposition ist die PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro), eine Gruppierung liberaler, aber auch konservativer Politiker, in der allerdings auch illegale kommunistische Gruppen und Grüppchen organisiert sind, ebenso wie die Christdemokraten. Die PMDB ist insoweit keine Partei, eher eine Front der Unzufriedenen, Unterdrückten, Zukurzgekommenen, die auf ein Programm verweisen kann, das sich noch unverbindlicher liest als das der Regierungspartei.

Ideologisch geschlossener präsentiert sich die Volkspartei (PP), die das Profil einer bürgerlich-liberalen Partei zeigt, finanzstark und relativ gut organisiert.

Zusätzlich existieren drei Arbeiterparteien, die um das Erbe der bis 1964 stärksten brasilianischen Partei, der Arbeiterpartei PTB, streiten. Die beiden Neugründungen, die neue PTB und die PDT (Partido Democrático Trabalhista), die sich als die Partei des demokratischen Sozialismus bezeichnet und sich zu einer Politik zugunsten unterprivilegierter Gruppen bekennt, sind indessen nicht in allen brasilianischen Bundesstaaten organisiert. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Internationale zeigt sich die PDT ambivalent. Beide Parteien sind ideologisch durchaus heterogen und unterscheiden sich in ihrer rechts- beziehungsweise linkspopulistischen Tendenz.

Die dritte der Arbeiterparteien, die PT, erhebt keinen Anspruch auf die Tradition der klassischen brasilianischen Arbeiterpartei PTB aus der Zeit vor 1964. Sie betont demonstrativ den Neuanfang und stützt sich auf die oppositionellen Gewerkschaften aus den Industriestädten, die aus den Erfahrungen des 78er Streiks die Parteigründung beschlossen hatten. Zu diesen Gewerkschaftsführern gehört auch Lula, der Präsident der Metallarbeiter. Die PT als die traditionslose der Parteineugründungen entwickelte sehr bald eine besondere Anziehungskraft auf junge Menschen und erhielt auch die Unterstützung des progressiven Klerus.

Wer das Ergebnis der 78er Kommunalwahl unter die Lupe nimmt, wird sofort mit der Tendenz des brasilianischen Wahlgesetzes vertraut, das der heutigen Regierungspartei PDS die Kontrolle über 60 Prozent der Gemeinden einräumt, obwohl die Opposition in jenen Wahlen 53 Prozent, die Regierungspartei nur 47 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Das "Novemberpaket", das Figueiredo 1979 auf den Weg brachte, beabsichtigte mit der damit verbundenen Änderung des Wahlrechts eine deutliche Bevorzugung der Regierungspartei. Nur die PDS verfügt in allen Gemeinden über Parteiorganisationen, Voraussetzung, um in diesen Gemeinden überhaupt Kandidaten aufzustellen. Zudem müssen alle sechs Kandidaten, die auf dem Stimmzettel anzukreuzen sind (Gemeindeabgeordneter, Landes- und Bundesabgeordneter, Senator, Bürgermeister und Gouverneur), derselben Partei angehören, anderenfalls ist der Stimmzettel ungültig. Dieses Verbund-Votum bedeutet eine eindeutige Bevorzugung der optimal organisierten Partei, konkret also der Regierungspartei. Die Volkspartei PP, als drittstärkste Partei Brasiliens mit einer relativ schwachen Basis auf Gemeindeebene, sah erhebliche Risiken auf sich zukommen und vollzog im Februar 1982 den Zusammenschluß mit der PMDB; Vorstandsposten und Kandidaturen wurden zu jeweils 50 Prozent zwischen beiden Parteien aufgeteilt, das Oberste Wahlgericht stimmte schließlich zu. Damit ist das konservative Element der PMDB erheblich verstärkt, das sozialistische beinahe bis zur Bedeutungslosigkeit geschwächt worden.

Der Zusammenschluß dieser beiden Oppositionsparteien bedeutet für die Wahlchancen der regierenden PDS eine erhebliche Verschlechterung. Prompt veröffentlichte das Oberste Wahlgericht eine Interpretation seiner Verbund-Entscheidung, erlaubte dem Wähler eine partielle Stimmenthaltung, ohne daß dadurch der Stimmzettel ungültig wird. Zudem dürfen Parteien auch in den Gemeinden, in denen sie über keine eigene Organisation verfügen, ihre Kandidaten zur Wahl stellen. Schließlich wurde für die bevorstehende Wahl auch die Fünf-Prozent-Klausel außer Kraft gesetzt und damit den kleinen Parteien die Möglichkeit eröffnet, der vereinigten PMDB/PP so viele Stimmen abzujagen, daß die Regierungspartei wieder eine Chance sieht.



Verfassungsänderungen sollen künftig nur noch mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit möglich sein, für 1986 wurde bereits die Einführung eines die Regierungspartei begünstigenden Verhältniswahlrechts beschlossen - Maßnahmen also, die dem regierenden Militär die Möglichkeit eröffnen, den Wählerwillen entsprechend zu manipulieren und somit Entscheidungen gegen den Willen der Militärs zu erschweren.

Im Wahlkampf selbst arbeitet die regierende PDS mit allen Mitteln, die Staatsapparat und Staatskasse zur Verfügung stellen, Regierungsbeamte, Senatoren und Gouverneure der Regierungspartei erweisen sich gegenüber den Gemeinden geradezu als reisende Wohltäter. Das "Hilfsprogramm für die Gemeinden" dürfte inzwischen jeder zweiten Gemeinde einen Scheck zugestellt beziehungsweise eine Investition versprochen haben, die Bundessparkasse hat am brasilianischen "Tag der Liebenden" 380.000 verpfändete Eheringe zur Rücknahme angeboten, unentgeltlich, versteht sich. Taxifahrer erhielten nach Weisung von oben einen 45-Prozent-Rabatt beim Autokauf. Schließlich wurde als "Huldigung an die brasilianische Frau" gerade noch rechtzeitig vor der Wahl mit einer Strafrechtsprofessorin durch Figueiredo die erste Frau in das brasilianische Kabinett berufen, in das Amt der Erziehungsministerin.

Seit dem 14. September ist das 1977 unter Geisel eingeführte "Gesetz des Schweigens" wieder wirksam geworden, das den Kandidaten der Opposition die Wahlwerbung in Rundfunk und Fernsehen verbietet. Während also Figueiredo und seine Minister allabendlich die Sendezeiten nutzen, erscheinen die Kandidaten der Opposition als nummerierte stumme Fotos mit Lebenslauf auf der Mattscheibe. Wahlkampf auf brasilianisch.

Trotz dieser Manipulationen sind die Aussichten der regierenden PDS keineswegs rosig. Siege der Opposition in den wichtigen Bundesstaaten Sao Paulo, Rio de Janeiro, Rio Grande und Parana sind denkbar, eine Mehrheit in der Abgeordnetenkammer des Bundesparlamentes scheint wahrscheinlich.

Dies muß allerdings nicht bedeuten, daß sich die PDS im Bundesparlament plötzlich in der Minderheit sieht. Es ist nicht auszuschließen, daß die Regierungspartei nach den Wahlen eine Reihe von Oppositionsabgeordneten, insbesondere aus den Reihen der Volkspartei, auf ihre Seite ziehen und somit wieder zur Mehrheit werden könnte. Einmal mehr würde sich so die Janusköpfigkeit der Abertura erweisen, jener politischen Öffnung, von der Regierung und Opposition höchst Unterschiedliches erwarten. Hoffte die Opposition auf den Zerfall des Militärregimes, so rechnen die Militärs eher mit einer Legitimierung und damit langfristigen Absicherung ihrer Macht. Was die Opposition als Erneuerung ansieht, nennen die Militärs Umsturz, der das 1964 durch Staatsstreich geschaffene politische System gefährdet. Ein Sieg der Opposition würde daher zweifellos die Militärs herausfordern, wobei nicht auszuschließen wäre, daß die Machtübernahme durch die Opposition mit Gewalt verhindert würde. Der brasilianische Demokratisierungsprozeß hätte somit abrupt sein Ende gefunden, die Abertura hätte sich als politische Kosmetik herausgestellt. So werden die Wahlen am 15. November für die demokratische Entwicklung Brasiliens zur Stunde der Wahrheit. (-/7.10.1982/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

